



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

SICHERHEIT UND UNSICHERHEIT

■ ANALYSE		
Russland im Sicherheitsradar 2019		2
Alexandra Dienes (FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa, Wien)		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Außen- und sicherheitspolitische Einstellungen der Bürger in Europa		6
■ ANALYSE		
Russland rüstet seine Marinekräfte auf und streicht sie zusammen		13
Pavel K. Baev (Peace Research Institute Oslo (PRIO))		
■ CHRONIK		
29. April – 10. Mai 2019		17

Russland im Sicherheitsradar 2019

Alexandra Dienes (FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa, Wien)

Zusammenfassung

Fünf Jahre nach dem Ausbruch des Konflikts in der Ukraine und der Annexion der Krim durch Russland untersucht die neue Umfrage »Sicherheitsradar 2019: Weckruf für Europa«, die das FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa anhand ausgewählter Staaten durchgeführt hat, welche Risiken für Frieden und Sicherheit aus Sicht von Bürgern und Experten bestehen. Für Russland zeigt das »Sicherheitsradar«, dass die Befragten mit dem internationalen Status ihres Landes unzufrieden sind, eine aktive Außenpolitik wünschen und nationale Interessen und nicht Werte verfolgt sehen wollen.

Einleitung

Die dreißig Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer waren einerseits durch einen scheinbar stabilen und friedlichen Weg hin zu einer europäischen Einheit gekennzeichnet. Andererseits haben sich aber auch neue Spaltungen entwickelt, in Europa und sogar innerhalb der Europäischen Union. Europa erscheint heute sogar teilweise in einer gefährlicheren Situation als im Kalten Krieg, trotz einer geringeren Menge konventioneller und nuklearer Waffen auf seinem Territorium. Denn das gemeinsame Verständnis für Gefahren und die Regeln, die einst die Welt durch gefährliche Situationen navigierten, werden zunehmend irrelevant. Einer der Grundpfeiler der Rüstungskontrolle, der Vertrag über nukleare Kurz- und Mittelstreckenraketen von 1987 (INF Vertrag), steht vor dem Aus. Ein großer militärischer Konflikt kann nicht mehr mit derselben Gewissheit wie noch vor einem Vierteljahrhundert ausgeschlossen werden.

In der Tat sehen Europäer neue Kriege und Konflikte in Europa als größte Bedrohung. Das ergibt die repräsentative Umfrage »Sicherheitsradar 2019: Weckruf für Europa« des FES Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa mit Sitz in Wien. Die Umfrage wurde in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut »Ipsos« in sieben europäischen Staaten im Sommer 2018 durchgeführt: in Deutschland, Frankreich, Lettland, Polen, Russland, Serbien und der Ukraine. Die Umfrage untersucht systematisch die Haltungen und Wertevorstellungen bezüglich der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Situation in Europa, fünf Jahre nach dem Ausbruch der Krise in der Ukraine und der Annexion der Krim durch Russland.

Die Auswahl der teilnehmenden Länder wurde aufgrund ihrer Bedeutung für die europäische Sicherheit getroffen: Frankreich und Deutschland sind Gründungsmitglieder der EU, deren Unterstützung für jede außenpolitische Initiative wichtig ist; Polen ist der bevölkerungsstärkste mittelosteuropäische EU-Mitgliedsstaat; Lettland ist Mitglied des historisch volatilen Baltikums und eine ehemalige Sowjetrepublik; Serbien ist ein bedeutendes Land im Südosten Europas, seit 2013

ein EU-Beitrittskandidat mit vielen Verbindungen zur EU, aber auch mit einer kulturellen Affinität zu Russland; Ukraine ist das größte Land des Programms der Östlichen Partnerschaft, das ein Assoziierungsabkommen und ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU unterzeichnet hat (die territoriale Integrität der Ukraine ist durch die von Russland unterstützten Separatisten bedroht). Die Umfrage schließt Russland mit ein, weil ohne Russland jede Diskussion über Sicherheit in Europa sinnlos wäre.

Zusätzlich zur Umfrage wurden Gruppendiskussionen mit lokalen Experten und Politikberatern durchgeführt. Das Ziel war es, die typische Denkweise der lokalen Expertengemeinschaft zu ermitteln: Wie evaluieren Experten die aktuelle sicherheitspolitische Situation, und welche Maßnahmen empfehlen sie dementsprechend? Wie unterscheidet sich die Denkweise der Experten von der öffentlichen Meinung? In jedem Land nahm eine kleine Gruppe von ungefähr fünf Personen an einer angeleiteten offenen Diskussion teil.

Europas Bürger fühlen sich bedroht

Die Umfrage zeigt, dass Europas Bürger besorgt sind: 69% aller Befragten glauben, dass auch ihr Land durch potentielle neue Kriege und Konflikte betroffen sein könnte. In der Ukraine ist die Kriegsangst Folge von Russlands gewaltsamen Eingreifen auf der Krim und in der Ostukraine sowie dem daraus resultierten und bis heute anhaltenden Konflikt. In Deutschland und Frankreich ist die Kriegsangst eher diffus. Als Gefahren für die Sicherheit werden sowohl die USA als auch Russland genannt. Für Polen hingegen stellt eindeutig Russland die Hauptbedrohung dar, Deutschland rangiert hier als Gefahr vor den USA. Auch in Lettland wird Russland am meisten gefürchtet. In Serbien erinnert man sich an den jugoslawischen Bürgerkrieg und den Einsatz der NATO im Kosovo-Konflikt 1999. Insofern werden hier in erster Linie Albanien, die USA und Kroatien als Bedrohung genannt. In Russland sieht man die USA als Hauptbedrohung. Offenbar wirkt das militärische Engagement in der Ukraine und in Syrien im öffentlichen Bewusst-

sein nicht angstausslösend. Hier sind die sowjetische Tradition und die Feindbildpropaganda seit 2012 wirksam. Gefragt nach den Gefahren für die Sicherheit in Europa, werden von den Befragten in allen Ländern zusammengefasst vor allem USA (50 %) und Russland (43 %) genannt, aber auch die Osterweiterung der NATO und die EU-Erweiterung (s. Grafik 1 auf S. 6).

Das konventionelle Militärpotential Russlands ist groß genug, um kleinere Nachbarn zu bedrohen. Das hat sich 2008 im Krieg mit Georgien gezeigt, aber auch 2014 bei der Angliederung ukrainischen Territoriums durch Russland. Daher sind strukturell alle Nachbarstaaten Russlands bedroht. Das trifft auch auf die baltischen und ostmitteleuropäischen Staaten zu, doch wird diese Bedrohung durch die Zugehörigkeit zur NATO neutralisiert. Russland ist strukturell durch die Existenz eines Militärbündnisses in Europa bedroht. Das Potential der NATO lässt aber gegenwärtig einen erfolgreichen konventionellen Militärschlag gegen Russland nicht zu.

Viele europäische Staaten sind unzufrieden mit ihrem Status

Eine große Herausforderung für die Sicherheit in Europa ist die Unzufriedenheit mit dem politischen Status einiger Staaten (s. Grafik 2 auf S. 6). Insbesondere Serben, Ukrainer und Polen (85 %, 74 % und 67 %) halten ihr jeweiliges Land für nicht angemessen anerkannt, während Deutsche und Franzosen mit dem Stellenwert ihres Landes zufrieden sind (71 % bzw. 59 %). Zudem sind vor allem Serben (75 %) und Russen (69 %) der Meinung, dass andere Staaten die Entwicklung ihres eigenen Landes aktiv behindern. Daraus folgt vor allem in Serbien, Polen und der Ukraine das politische Ziel, die Militärausgaben zu erhöhen (77 %, 68 % und 60,5 %). Nur 43 Prozent der Deutschen wünschen sich eine solche Entwicklung (s. Grafik 3 auf S. 7).

Die Befragten halten für die entscheidenden Faktoren, die das Verhältnis zu Russland ausmachen, den Ukraine-Konflikt (72 %) und die USA (68 %) (s. Grafik 4 auf S. 8). Dabei sind die Meinungsunterschiede zwischen Deutschen und Polen in beiden Fragen gering. 69 Prozent aller Befragten sind überzeugt, dass zu wenig Kooperation mit Russland ebenso ein Faktor ist, der das Verhältnis zu Russland bestimmt. Interessant ist, dass gerade Letten und Polen über diesem Durchschnitt liegen und Deutsche knapp darunter. Für die Zukunft stellt sich über die Hälfte der insgesamt Befragten mehr Kooperation mit Russland vor, wobei dieser Wert in der Ukraine sogar bei 27 Prozent liegt.

Internationale Organisationen sind wichtig

Die EU ist die Organisation, die laut der Umfrage in Zukunft eine größere Rolle spielen sollte, sie ran-

giert dabei knapp hinter den Vereinten Nationen (UN) und ein wenig vor der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Für eine wertorientierte Außenpolitik stimmen im Schnitt 61 Prozent der Befragten, nur bei Russen und Serben lag der Wert weit niedriger (s. Grafik 5 auf S. 9). Für eine rein interessenorientierte Außenpolitik stellt sich das Bild genau andersherum dar, Deutschland und Frankreich liegen hier unter dem Durchschnitt von 78 Prozent (s. Grafik 6 auf S. 9).

Der Ukraine-Konflikt

Die Herausforderungen in der und um die Ukraine, meinen bemerkenswerte 63 Prozent der Ukrainer, sollten vom eigenen Land gelöst werden. 56 Prozent von ihnen wünschen sich eine NATO-Mitgliedschaft (s. Grafik 8 auf S. 10). In Polen wünschen sich noch mehr Menschen eine ukrainische NATO-Mitgliedschaft, nämlich ganze 66,5 Prozent. In Deutschland sind es weitaus weniger: Nur 23 Prozent unterstützen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Eine EU-Mitgliedschaft erhoffen sich 73 Prozent der Ukrainer (in Deutschland sind es nur 26 %) (s. Grafik 7 auf S. 10). Die Befragten in Russland lehnen wenig überraschend eine EU- und vor allem eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ab (mit 55 und 75 %) (s. Grafiken 7 und 8 auf S. 10).

Russland im Sicherheitsradar

Für die Gesellschaft des heutigen Russland wird der Zerfall der UdSSR nach wie vor als eine traumatische Erfahrung wahrgenommen. Die Eliten und die Mehrheit der Bevölkerung erinnern sich sehr wohl daran, dass die Sowjetunion neben den USA »die andere Supermacht« war sowie die Führungsmacht des »sozialistischen Lagers«. Der Verlust dieser Position und die Erfahrung ökonomischen und sozialen Niedergangs in den neunziger Jahren bestimmen die Haltung der russischen Gesellschaft bis heute. Die Haltung des »Westens« wurde als feindselig empfunden, die Erweiterung von EU und NATO wird als eine gegen Russland gerichtete Politik aufgefasst.

Wahrnehmung der eigenen Stellung

Daher geht bei der Umfrage die Mehrheit der Befragten davon aus, dass Russland nicht einen ihm angemessenen Platz in der Welt einnimmt (56 %), und dass es Mächte gibt, die Russlands internationale Rolle aktiv einschränken wollen (69 %). Doch wird auch wahrgenommen, dass Russland auf internationale Kooperation angewiesen ist (62 %). Drei Viertel der Befragten sehen sich als Teil Europas. Zugleich besteht noch ein größerer Anteil darauf, dass Russland eine ganz eigene Kultur hat.

In der russischen Gesellschaft gibt es einen beträchtlichen Anteil von Menschen (44%), die davon ausgehen, dass Russland Gebietsansprüche an seine Nachbarn hat. Andererseits vertritt eine knappe Mehrheit von 54 Prozent die Meinung, dass Grenzen unverletzlich sind, und 52 Prozent sind der Meinung, dass ethnische Minderheiten kein Recht darauf haben, einen Staat über eine Unabhängigkeitserklärung zu verlassen. Das widerspricht der Haltung der russischen Regierung in der Ukraine und in Georgien. Allerdings entspricht es den Grundsätzen sowjetischer Außenpolitik, wie sie in der Schlussakte von Helsinki festgeschrieben wurden.

Insgesamt blickt man in Russland recht optimistisch in die Zukunft. Sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich erwarten 38 Prozent der Befragten in den nächsten fünf Jahren positive Entwicklungen. In einem krassen Gegensatz hierzu stehen allerdings die Erwartungen für die persönliche Zukunft. Hier äußert eine Mehrheit der Befragten (81%) erkennbar Sorgen.

Bedrohungsvorstellungen und europäische Sicherheit Kriegsgefahr und Angst vor Terrorismus werden in Russland ebenso stark empfunden wie in anderen Ländern. Eine Mehrheit erwartet, dass potentielle Kriege Auswirkungen auf das eigene Land (70%) oder auf Europa (59%) haben werden. Angesichts des militärischen Engagements Russlands in Syrien und der Ostukraine ist das kein überraschendes Ergebnis, sondern eine realistische Einschätzung. Die Experten sind beunruhigt von der Krise des Systems der Rüstungskontrolle (Kündigung des INF-Vertrages).

In der aktuellen Situation nennen knapp 80 Prozent der russischen Befragten eine Bedrohung durch die USA und die NATO an erster Stelle. Über die Hälfte bewerten auch die Erweiterung der EU negativ. Die Annexion der Krim wird von fast 90 Prozent der Befragten befürwortet. Nach Ansicht der Befragten werde eine bessere Zusammenarbeit mit der EU gegenwärtig durch die Ukraine-Krise und die Sanktionen (77%), durch die USA (82%) und durch eine Einmischung der EU in die inneren Angelegenheiten Russlands (74%) behindert.

Ähnlich wie in anderen Staaten empfindet man in Russland eine Bedrohung durch Desinformationskampagnen (73%). Nationalismus wird als Bedrohung wahrgenommen – trotz der staatlichen Propaganda der letzten Jahre, die stark nationalistische Züge trägt.

Die Verantwortung für den Ukraine-Konflikt wird der Ukraine (83%) und den USA (82%) gegeben, es folgen die Separatisten (55%) und die EU (57%). Der Konflikt sollte einer diplomatischen Lösung zugeführt werden – dafür spricht sich die überwiegende Mehrheit der Befragten aus. Zu konkreteren Ansätzen bestehen offenbar keine besonderen Präferenzen: Zwei Drittel der

russischen Befragten wollen die Lösung der Ukraine überlassen (wie im Übrigen die ukrainischen Befragten auch). Eine militärische Intervention wird von 70 Prozent abgelehnt. Dies widerspricht dem Verhalten der russischen Führung in Bezug auf die Ostukraine, zeigt aber auch, dass aggressives russisches Vorgehen in dieser Region nicht von der Gesellschaft ausgeht.

Politische Perspektiven

Mehr als die Hälfte (58%) der befragten Russen lehnen eine stärkere internationale Rolle ihres Landes ab (Die Aussage lautete: »Mein Land soll international Verantwortung übernehmen und anderen Staaten helfen, auch wenn es meinem Land keine Vorteile bringt«). Allerdings plädiert die überwiegende Mehrheit für eine Führungsrolle einflussreicher Staaten. Hier kann man annehmen, dass sie Russland als einen einflussreichen Staat sehen. Jedenfalls wollen 83 Prozent eine aktive Außenpolitik und eine bedeutende Rolle Russlands bei der Lösung von Konflikten.

Inhaltlich will eine Mehrheit von 84 Prozent der russischen Befragten in der Außenpolitik nationale Interessen verfolgt sehen (s. Grafik 6 auf S. 9) und lehnt es zu 56 Prozent ab, die Außenpolitik an der Durchsetzung von Werten zu orientieren (s. Grafik 5 auf S. 9). Dies wurde auch von den Experten bekräftigt, wobei sich die Diskussion um interessensbasierte Deals drehte (dazugehöriges russisches Schlüsselverb war »*dogoworitsja*«, dt.: »einen Deal oder ein Arrangement treffen«), was einen transaktionalen Ansatz in der Außenpolitik illustriert. Zwei Drittel der Befragten wollen eine klare Positionierung in Konflikten. Damit deckt sich die Einstellung der Bevölkerung mit der Großmachtspolitik, die die russische Führung verfolgt. Diese kann sich offenbar auf einen starken Rückhalt in der Gesellschaft stützen.

Bei der Gewährleistung von Sicherheit setzt die Mehrheit der Befragten in Russland vor allem auf die Vereinten Nationen (UN), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die postsowjetischen Zusammenschlüsse wie die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) und die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS). Immerhin wünschen überraschenderweise 40 Prozent eine wichtige Rolle der NATO. Mit der EU besteht offenbar ein erhebliches Konfliktpotential, trotzdem optieren zwei Drittel der Befragten für eine engere Kooperation (s. Grafik 9 auf S. 11).

Eine überwältigende Mehrheit der russischen Befragten spricht sich für eine diplomatische Lösung von Konflikten aus, indes hält etwa die Hälfte der Respondenten auch den Einsatz militärischer Gewalt für zulässig. Folgerichtig spricht sich auch eine Mehrheit von 53 Prozent für eine Steigerung der Militärausgaben aus. Experten

in Russland unterstützten die Ansicht, die Lösung der Ukraine-Krise sei eine Voraussetzung für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen.

In dieser schwierigen Situation konzentrieren sich die Lösungsvorschläge, die die Experten diskutiert haben, auf realistische Schritte. Insbesondere besteht man auf einer Aufrechterhaltung des Dialogs, sowohl im Rahmen des NATO-Russland-Rates als auch in anderen Formaten. Eine Rückkehr zu den Prinzipien von Helsinki und zur Rüstungskontrolle wird als sinnvoll erachtet. Dabei wird auch eine Wiederherstellung der »Bipolarität« diskutiert, also eine Rückkehr zu einem internationalen Modell, wie es in Jalta 1945 formuliert wurde, jedoch als Ansatz zur Kooperation, nicht Konfrontation. Gleichzeitig haben die Experten den Handlungsspielraum als gering eingeschätzt. Russland sei nicht bereit, Fehler zuzugeben, zum Beispiel die militärische Präsenz in Donbass. Kompromisse werden grundsätzlich als Zeichen der Schwäche gewertet. In Anlehnung an die recht pragmatische europäische China-Politik wurde erwogen, den »Stolperstein namens Demokratie« aus dem Weg der Beziehungen zwischen der EU und Russland zu räumen, indem Unterschiede zwischen den jeweiligen Regimetypen akzeptiert werden. In jedem Fall erwartet man – das kommt auch in den Umfragen zum Ausdruck – ein Gespräch »auf Augenhöhe«, eine Akzeptanz Russlands als Großmacht und die Berücksichtigung seiner Interessen.

Fazit

Eine abschließende vergleichende Analyse des Antwortverhaltens der Befragten aus sieben Ländern zeigt, dass sie einerseits klaren – wenn auch den ehemaligen Ost-West Gegensatz durchbrechenden – Gruppen zugeordnet werden können. Andererseits fallen die sicherheitspolitischen Einstellungen weniger unterschiedlich aus, als man es vielleicht erwartet hätte.

Wenn man die Länder anhand zweier Fragen in ein Vier-Quadrat-System platziert, ergibt sich ein interessantes Bild (s. Grafik 10 auf S. 12). Die X-Achse bil-

det die Einstellung zur Aussage ab »Mein Land soll international Verantwortung übernehmen und anderen Staaten helfen, auch wenn es meinem Land keine Vorteile bringt«. Die Y-Achse stellt die (Un)zufriedenheit mit dem eigenen Status dar (»Mein Land hat nicht den Stellenwert auf der Welt, den es verdient«). Deutschland und Frankreich erscheinen als einzige Länder, die mit ihrem Status zufrieden und gleichzeitig bereit sind, international Verantwortung zu übernehmen. Diese Ländergruppe ist gewillt und fähig, die Führung beim Aufbau einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsordnung zu übernehmen.

Die Länder Polen, Lettland, Ukraine – die Gruppe der »Besorgten« – erscheinen mit ihrem Status mehr oder weniger unzufrieden, sind jedoch bereit, internationale Verantwortung zu übernehmen. Sie hätten ein Potential, beim deutsch-französischen Motor »mitzuziehen« und die europäische Sicherheit mitzugestalten. Russische Befragte dagegen sind weder mit dem Status ihres Landes zufrieden noch haben sie Interesse an einer Außenpolitik, die international Verantwortung übernimmt und anderen Staaten hilft. Russland fällt somit in die Kategorie der »Frustrierten«.

Es fällt jedoch auf, dass Russland nicht allzu weit weg von der Mitte des Koordinatensystems liegt; bei anderen Fragen zeigen russische Befragte durchaus Bereitschaft, eine aktive Außenpolitik zu betreiben. Gleichwohl oszillieren die lettischen, polnischen oder serbischen Einstellungen je nach Frage zwischen den deutschen und russischen Haltungen. Die Umfrage zeigt, dass die Ländergruppen nicht in Stein gemeißelt sind und dass es durchaus Handlungsspielraum und Gestaltungspotential gibt. Dies ist ein entscheidender Unterschied zum Kalten Krieg: Bei der Schaffung einer nachhaltigen Friedensordnung sind heute weitaus mehr Länder beteiligt. Es handelt sich nicht mehr allein um die beiden Supermächte von einst, die vornehmlich die Sicherheitsordnung bestimmten, sondern nun auch um die EU-Mitgliedsstaaten in Mitteleuropa sowie die Länder der Östlichen Partnerschaft wie auch Russland.

Über die Autorin

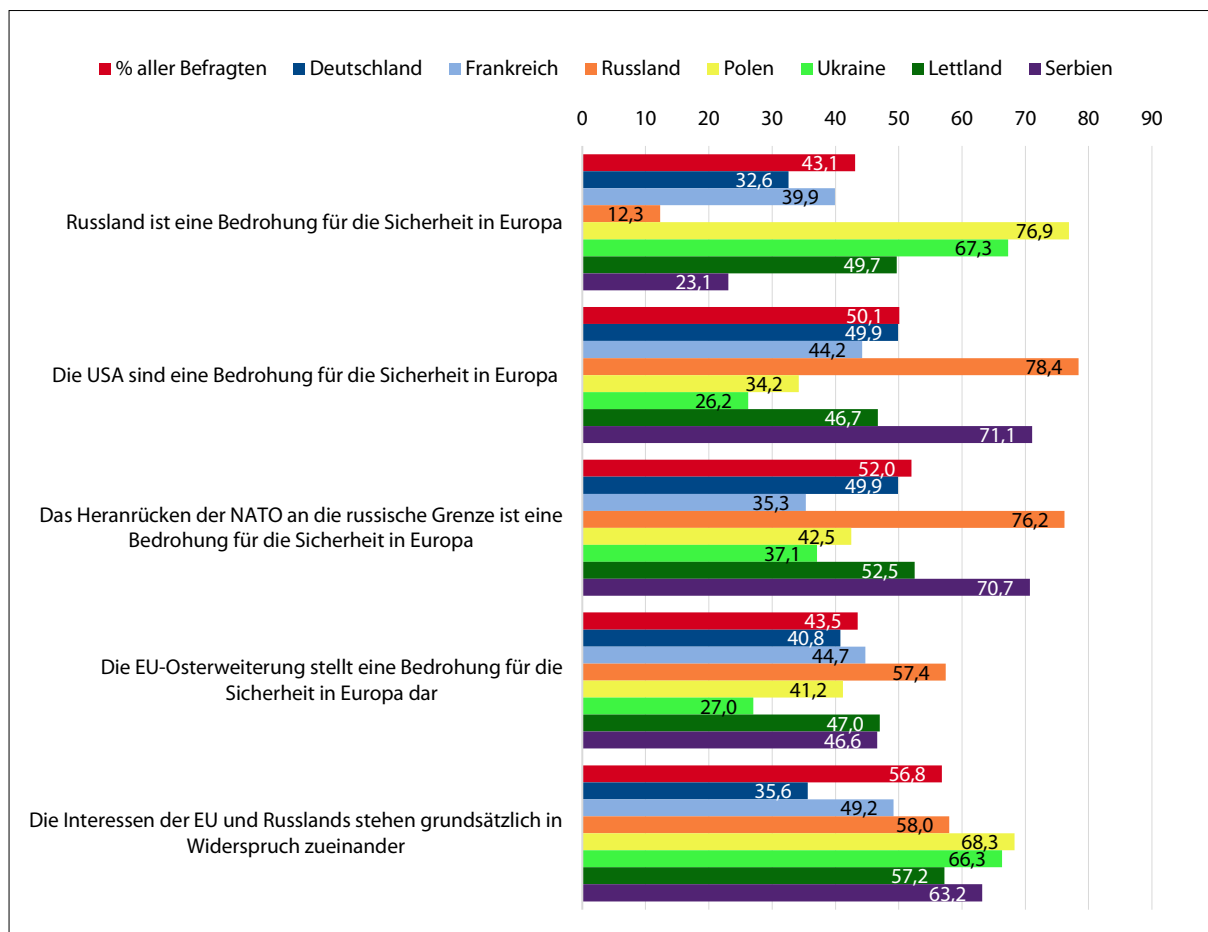
Dr. Alexandra Dienes hat in Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam promoviert und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Regionalbüros für Zusammenarbeit und Frieden in Europa der Friedrich-Ebert-Stiftung (Wien).

Lesetipp

Krumm, Reinhard; Alexandra Dienes, Simon Weiss, Hans-Henning Schröder, Sebastian Starystach, Stefan Bär: Security Radar: Wake-Up Call for Europe! Vienna: Friedrich-Ebert-Stiftung 2019; <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>.

Außen- und sicherheitspolitische Einstellungen der Bürger in Europa

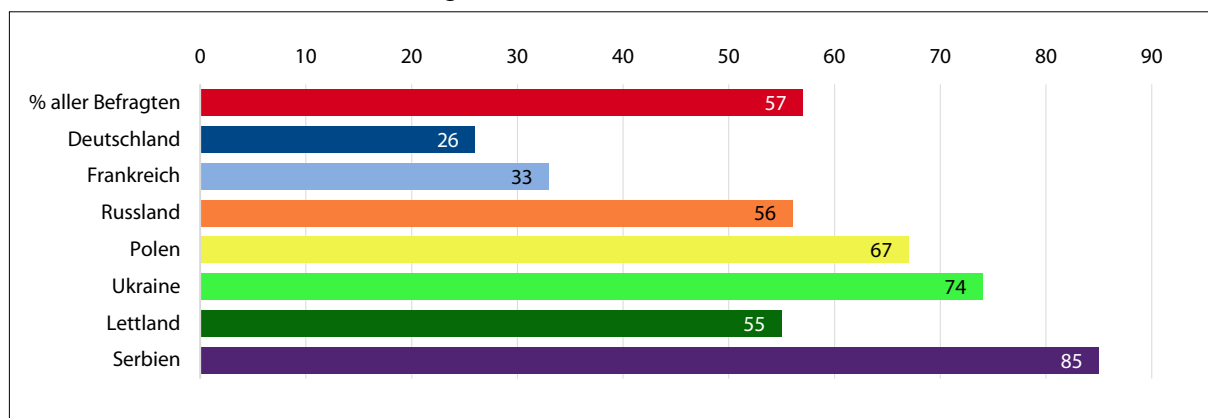
Grafik 1: Sicherheit in Europa (%)



Anm.: Es wurden nur zustimmende Antworten berücksichtigt («stimme voll und ganz zu» und «stimme eher zu»).

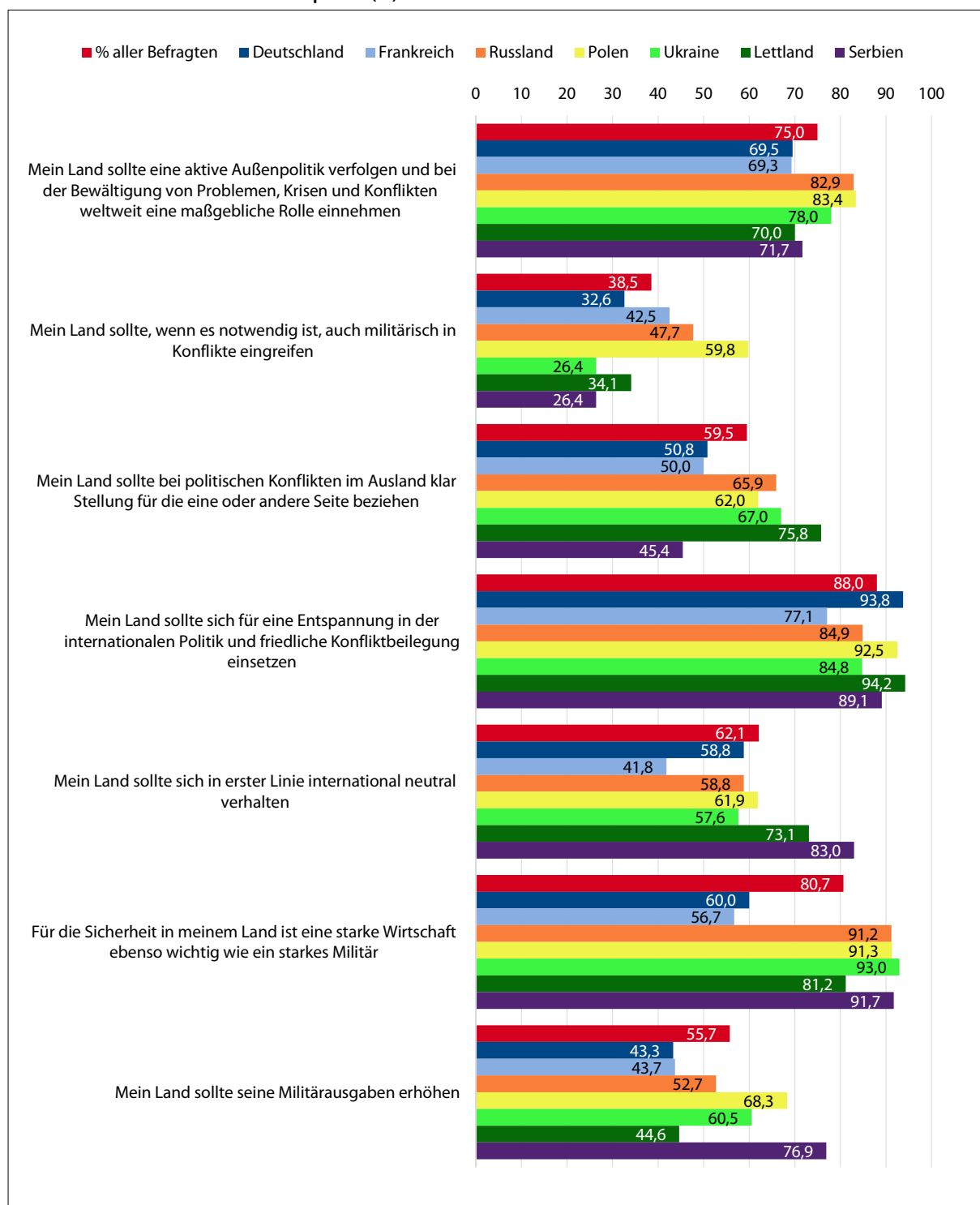
Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 2: Meiner Ansicht nach hat mein Land im Vergleich zu anderen Nationen nicht den Stellenwert in der Welt, den es verdient (Zustimmung, %)



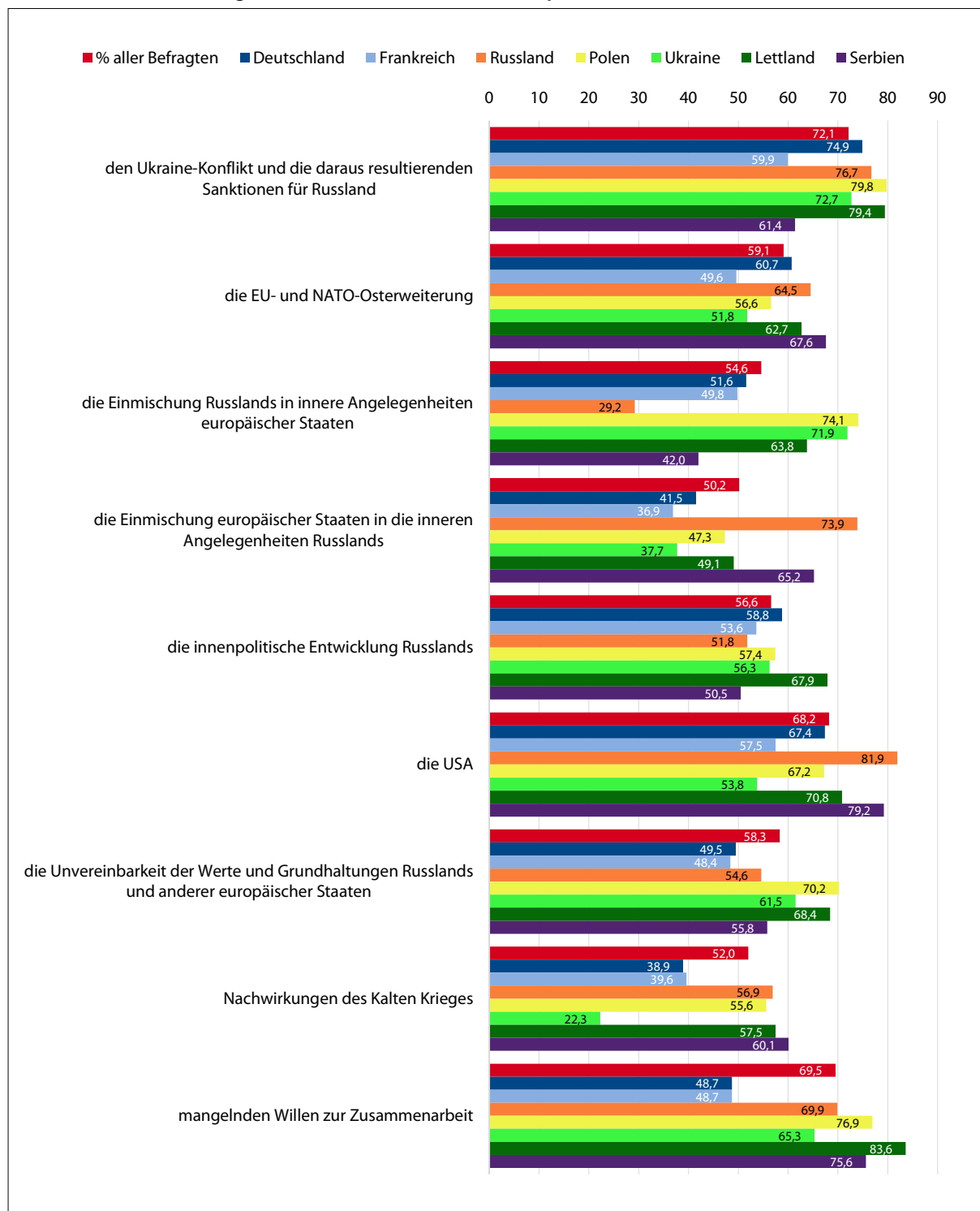
Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 3: Grundsätze der Außenpolitik (%)



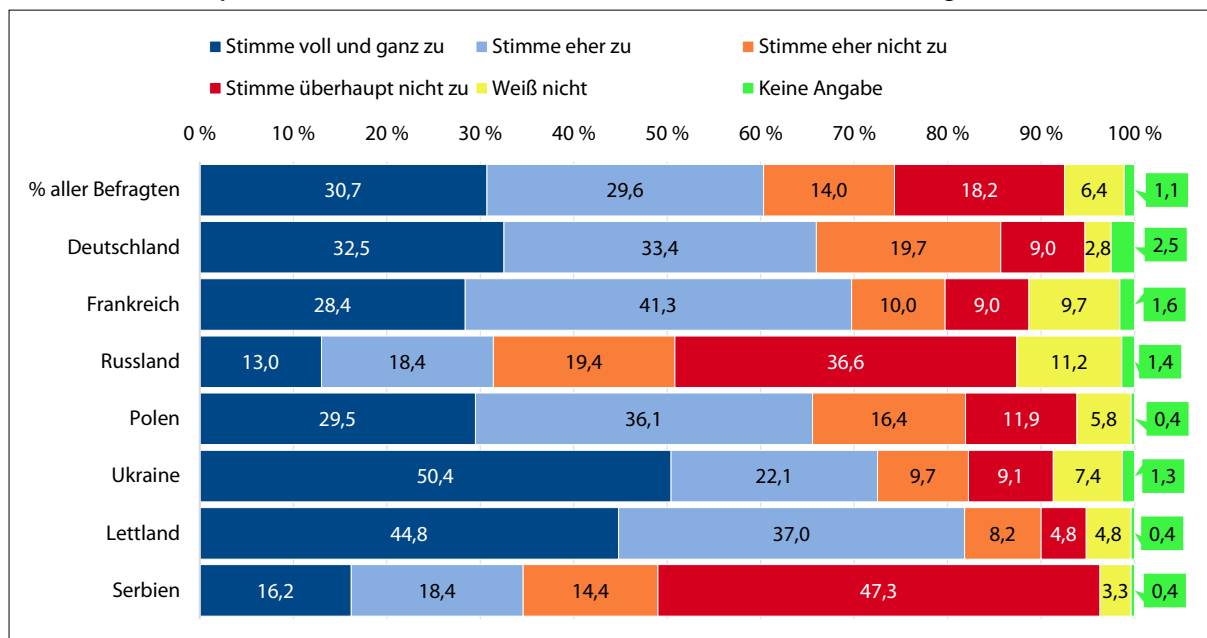
Anm.: Es wurden nur zustimmende Antworten berücksichtigt («stimme voll und ganz zu» und «stimme eher zu»)
 Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 4: Die Beziehung zwischen Russland und vielen europäischen Staaten wird beeinflusst durch... (%)



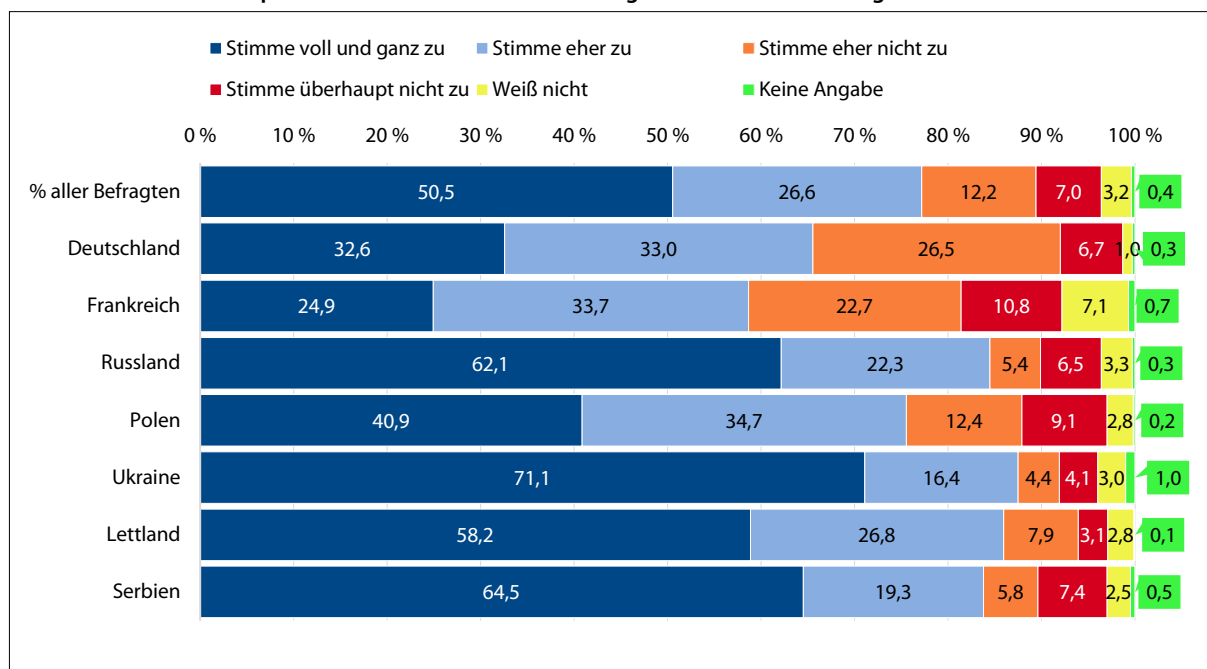
Anm.: Es wurden nur zustimmende Antworten berücksichtigt (»stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«).
 Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 5: Außenpolitik sollte Werte durchsetzen, auch wenn es Nachteile mit sich bringt



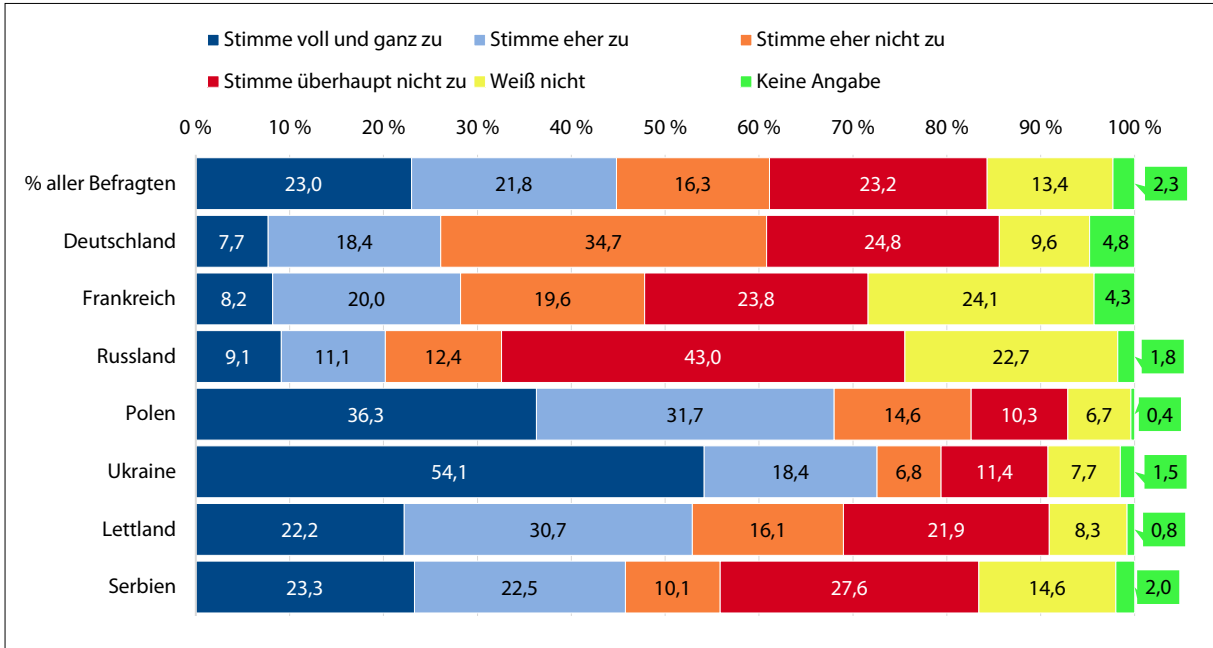
Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 6: Die Außenpolitik in meinem Land sollte die eigenen Interessen uneingeschränkt vertreten



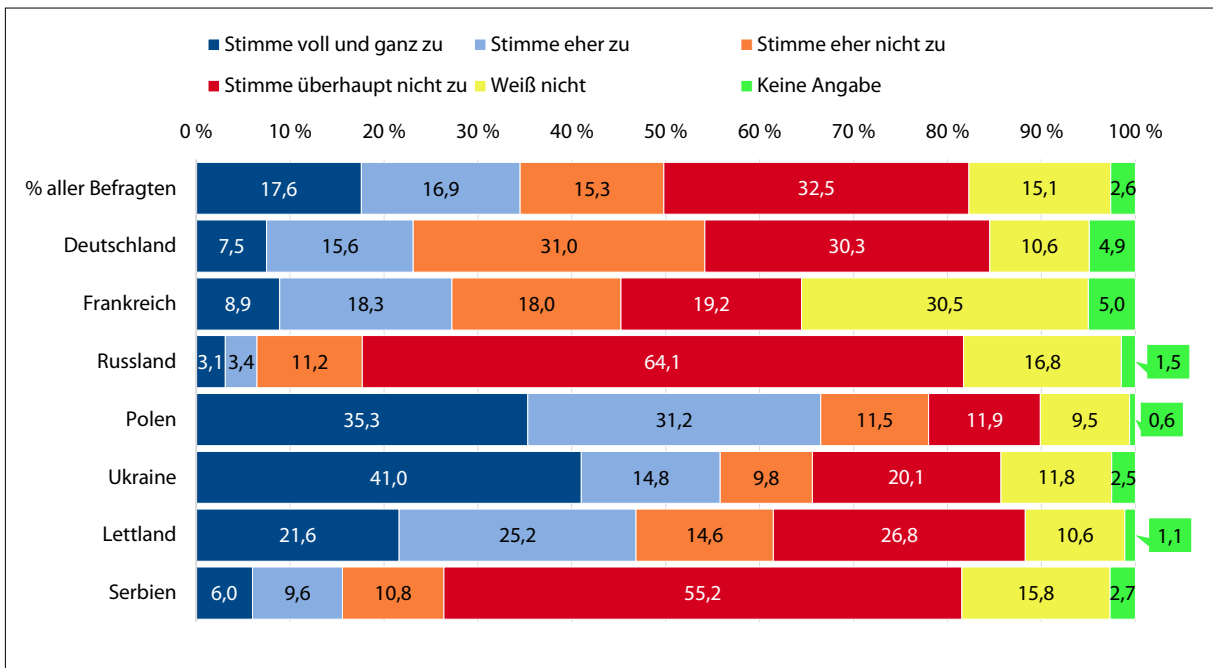
Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 7: Die Ukraine sollte Mitglied der EU werden



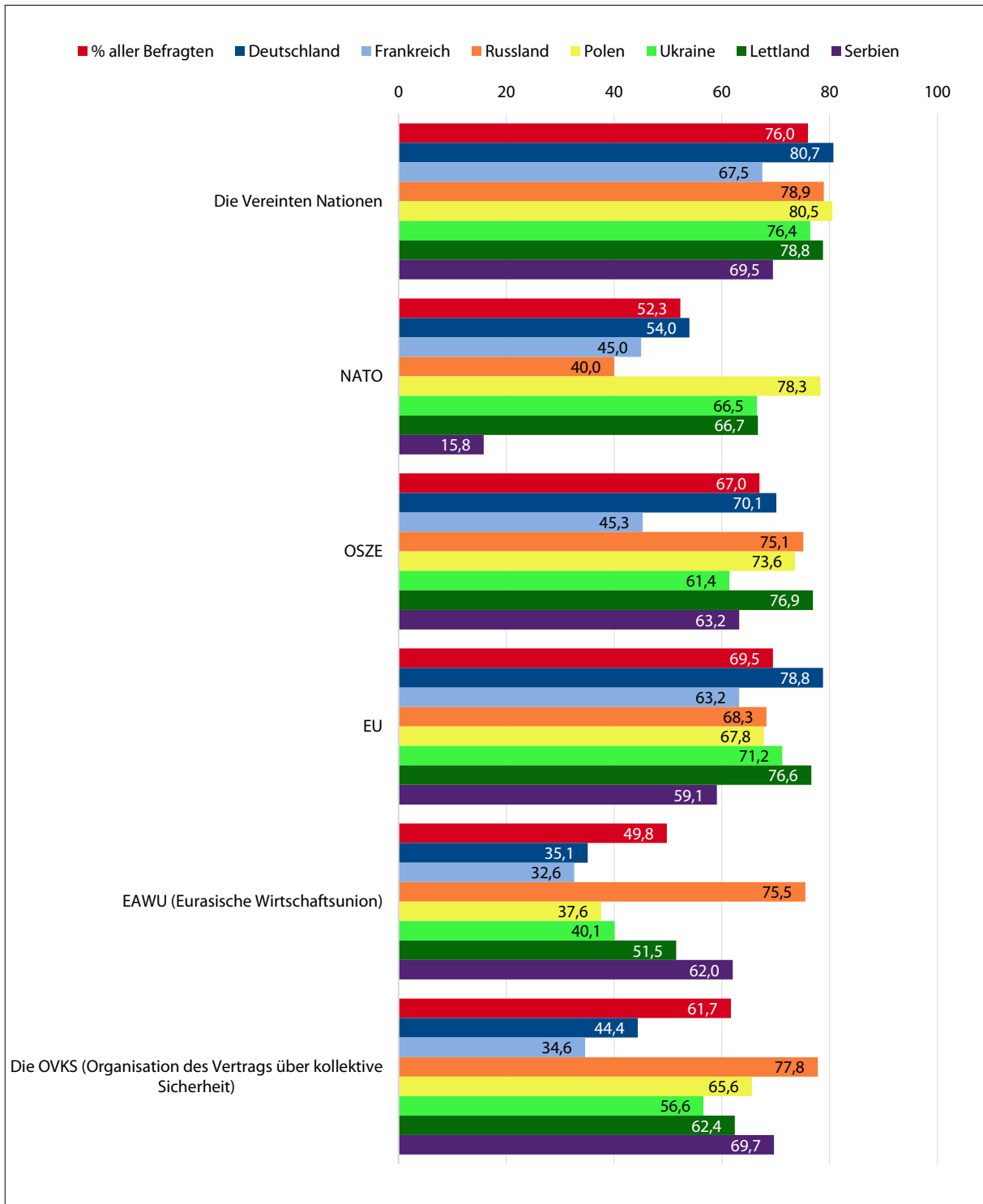
Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 8: Die Ukraine sollte Mitglied der NATO werden



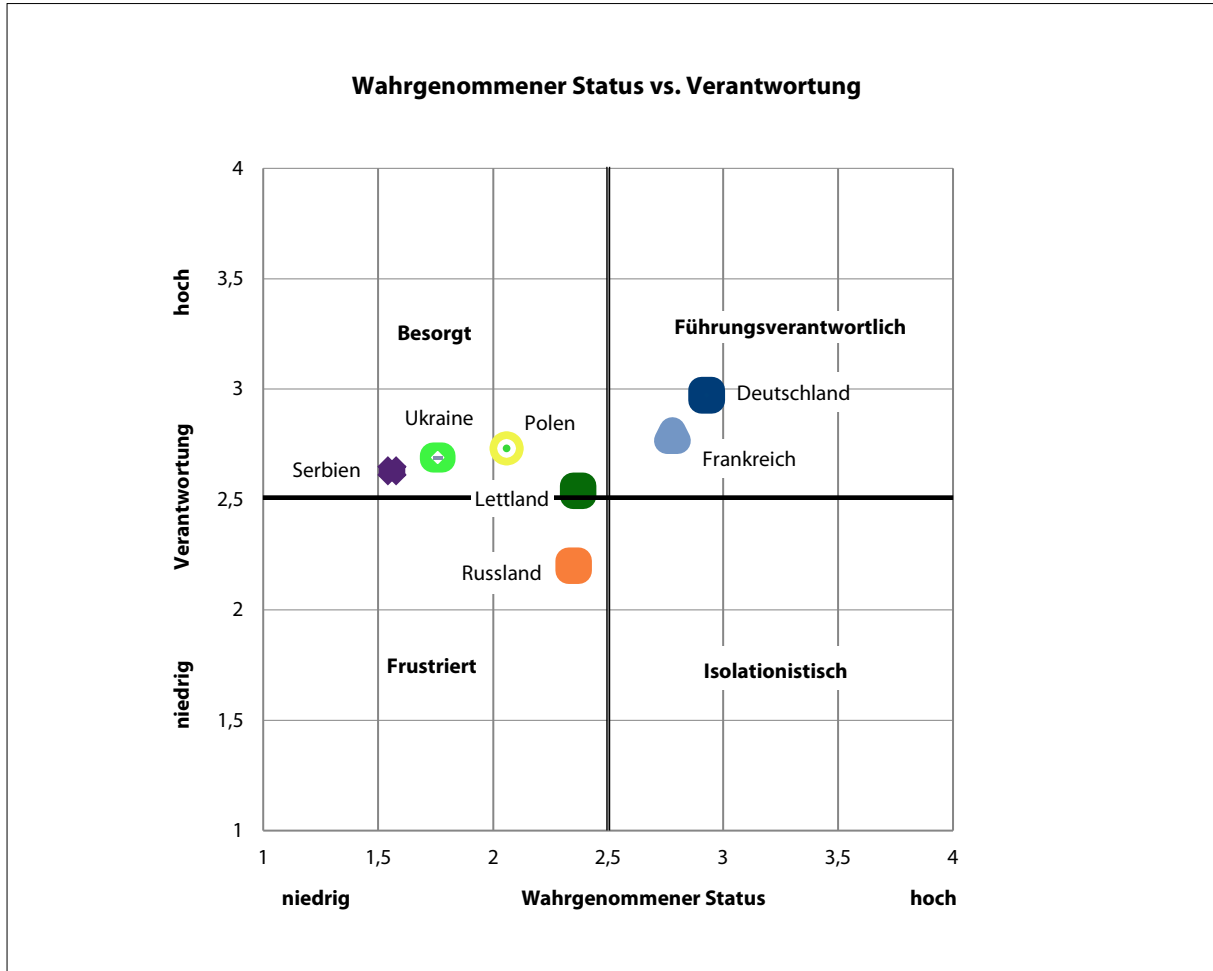
Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 9: Welche der genannten Organisationen sollten Ihrer Meinung nach zukünftig eine stärkere Rolle einnehmen? (%)



Anm.: Die Frage wurde nur von denjenigen Befragten beantwortet, die die entsprechende Organisation kannten; Mehrfachantworten möglich.
 Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Grafik 10: Wahrgenommener Status und außenpolitische Verantwortung



Quelle: Security Radar 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/15176-20190412.pdf>

Russland rüstet seine Marinekräfte auf und streicht sie zusammen

Pavel K. Baev (Peace Research Institute Oslo (PRIO))

Zusammenfassung

Die russische Führung hegt Ansprüche auf den Status einer »maritimen Großmacht«, doch sieht das Staatliche Rüstungsprogramm bis 2027 beträchtliche Kürzungen bei der Finanzierung von Schiffsbauten vor. Oberste Priorität wird der Vollendung der Serie von acht strategischen U-Booten der »Borej«-Klasse gegeben. Dem neuen Plan zur Entwicklung atomgetriebener U-Boote wird viel politische Aufmerksamkeit gewidmet. U-Boote unterschiedlicher Typen werden die Hauptstreitmacht der russischen Kriegsmarine stellen, doch sind viele Fähigkeiten (amphibische Operationen, Kriegsführung gegen U-Boote) im Niedergang begriffen. Die konstanten strategischen Anforderungen, um den wahrgenommenen Bedrohungen auf den vier potentiellen Kriegsschauplätzen (Nordpolarmeer, Ostsee, Schwarzes Meer und Pazifik) zu begegnen, verlangen hohe Risikobereitschaft und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Unfällen.

Der Traum von den warmen Gewässern

Die Geographie wollte es, dass Russland eine Kontinentalmacht ist, doch der strategische Anspruch seiner Herrscher war beharrlich darauf ausgerichtet, diese Zwickmühle zu überwinden, seit Peter der Große seine noch im Entstehen begriffene Marine einsetzte, um einen Sieg gegen das mächtige Schweden zu erringen. Dem Status einer Seemacht am nächsten kam Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts – um dann vom aufstrebenden Japan in der Seeschlacht von Tsushima, einer der größten Seeschlachten der Geschichte, vernichtend geschlagen zu werden. Die Sowjetunion arbeitete intensiv daran, eine Hochseemarine aufzubauen, die Anfang der 1980er Jahre über rund 300 große Kriegsschiffe und 350 U-Boote verfügte (darunter 85 strategische U-Boote, die mit ballistischen Raketen bestückt waren).

In den 1990er Jahren schrumpfte diese Armada auf ein Zehntel zusammen, der Traum von einem »Besitz« der angrenzenden Seegebiete hielt jedoch an. Präsident Putin hat die Tradition von Marineparaden ins Leben gerufen; Ende Juli wird er in St. Petersburg stolz die dritte abnehmen.

Paraden erzeugen stets schöne Bilder, die russische Führung hat jedoch den tatsächlichen Wert erkannt, der in der Präsentation der St. Andreas-Flagge bei unterschiedlichen Anlässen liegt – angefangen von Patrouillen gegen Piraten im Indischen Ozean bis hin zu gemeinsamen Marinemanövern mit China im umstrittenen Südchinesischen Meer. Die anhaltende Intervention in Syrien umfasst eine Vielzahl anspruchsvoller Marineaufgaben, von Angriffen mit Langstreckenraketen bis zu umfangreichen Nachschublieferungen. Das sperrig betitelte Dokument »Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation im Bereich der Tätigkeit der Marine bis 2030«, das von Präsident Putin am 20. Juli 2017 erlassen wurde, bekräftigt – ungeachtet der schnell zunehmenden Gefahren – diese Entschlossenheit, den Status einer »maritimen Großmacht« auf-

rechtzuerhalten, und es legt die recht eigenartige Richtlinie fest, die »Position der zweitstärksten einsatzfähigen Marine der Welt zu sichern«. Eine Gleichrangigkeit mit der US-Marine liegt eindeutig außer Reichweite, aber auch der Anspruch auf den zweiten Platz hat bereits zu enttäuschenden Begegnungen mit der Realität geführt.

Das Staatliche Rüstungsprogramm bis 2027, das mit Verspätung im Frühjahr 2018 verabschiedet wurde, wirft einen realistischeren Blick auf die Fähigkeiten und Ressourcen für eine militärische Aufrüstung als das Vorgängerdokument, das 2011 verabschiedete Rüstungsprogramm bis 2020. Die schmerzhaftesten Einschnitte bei der Finanzierung der Streitkräfte treffen jetzt die Marine. Die heftigen Kämpfe zwischen den rivalisierenden Lobbygruppen um die schrumpfenden Geldflüsse werden wohl weitergehen, doch dürfte der Schiffbau einer der sicheren Verlierer sein. Einige der im Rüstungsprogramm bis 2027 revidierten Punkte werden bereits umgesetzt, vor allem, weil Putin einen neuen Schwerpunkt auf die Entwicklung und Stationierung einer Reihe fantastischer neuer Waffensysteme gelegt hat. Von diesen gehört nur eines, nämlich die atomgetriebene Unterwasserdrohne »Poseidon« (NATO-Code: »Kanyon«), zur Marine. Der Umstand, dass jetzt die Modernisierung des russischen Atomarsenals wieder stark Priorität genießt, bedeutet, dass die einzige Komponente der Seestreitkräfte, die auf eine nachhaltige Finanzierung hoffen kann, die Flotte der strategischen Atom-U-Boote ist.

Auf dem Atompfad

In der zweiten Amtszeit Putins war die Notwendigkeit, die alternden strategischen Atom-U-Boote (SSBN) der Klassen »Delta III« (in den späten 1970er Jahren gebaut) und »Delta IV« (in den späten 1980er Jahren gebaut) zu ersetzen, als dringend und massiv wahrgenommen worden. Folglich war das Projekt zur Entwicklung und zum Start der U-Boote der »Borej«-Klasse (Projekt 955)

der teuerste Einzelposten im Rüstungsprogramm bis 2020. Das erste U-Boot war 1996 auf Kiel gelegt worden, zwei weitere 2004 und 2006. Diese drei Schiffe (die »Jurij Dolgorukij«, die »Aleksandr Newskij« und die »Wladimir Monomach«) wurden 2013 und 2014 in Dienst gestellt. Fünf weitere Schiffe wurden zwischen 2012 und 2016 auf Kiel gelegt. Diese Verzögerungen hatten eine endgültige Indienstellung für die Marine erst 2023 erwarten lassen. Weitere Pläne sehen noch zwei Schiffe der »Borej«-Klasse vor, die bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts fertiggestellt werden sollen, wenn das letzte Schiff der »Delta IV«-Klasse außer Dienst gehen soll. Das Hauptproblem dieses langfristigen Projekts waren nicht die Schiffe an sich, sondern hing mit der ballistischen Rakete vom Typ »Bulawa« zusammen (NATO-Code: SS-N-32; GRAU-Code [des russischen Verteidigungsministeriums]: 3M30), die eine bunt gescheckte Testbilanz aufweist und erst im Juni 2018 endgültig zum Einsatz zugelassen wurde – nach einem salvenartigen Start von vier Raketen von der »Jurij Dolgorukij«, dem ersten U-Boot der »Borej«-Klasse.

Diese kostspielige Aufrüstung des maritimen Teils der nuklearen Triade Russlands stellt für die globale strategische Stabilität kein Problem dar, und auch keine Beschleunigung des Rüstungswettlaufs. Mit der atomgetriebenen »Poseidon« ist es allerdings eine andere Geschichte. Dieses unbemannte Unterwassergefährte soll eine Reichweite von 10 000 Kilometern haben und mit einem Sprengkopf von 10 Megatonnen bestückt werden, was es zu einer neuen Klasse strategischer Waffensysteme macht. Es sind nur fragmentarische und verwirrende Informationen zu dieser Unterwasserdrohne verfügbar, so dass sogar zweifelhaft ist, ob der geplante Atomtrieb realisierbar sein wird. Gleichzeitig wird wild über Geschwindigkeit, Reichweite und das Navigationssystem spekuliert. Immerhin gibt es eine Information, die relativ solide ist: Das Trägerschiff des Gefährts soll die »Belgorod« sein, ein U-Boot, das 1992 seinen Dienst aufnahm, zusammen mit ihrem Schwesterschiff »Kursk« (die im August 2000 bei einem tragischen Unfall verloren ging). Die »Belgorod« wurde 2012 zu einem U-Boot für »Sonderzwecke« umkonzipiert und im April 2019 schließlich fertiggestellt; die Indienstellung wird 2020 erwartet. Dieses Projekt wird, wenn es erfolgreich ist, eine neue, hochriskante Dimension in einem atomaren Rüstungswettlauf eröffnen.

Das Verschwinden der Schlachtschiffe

Große Geschwader großer Schiffe sind ein höchst wichtiger Bestandteil des russischen strategischen Wunsdenkens, ganz wie die Paraden und das Flaggezeigen. Diese Sehnsucht dürfte aber über viele künftige Jahre

hinweg unerfüllt bleiben, da die Zahl einsatzbereiter Überwasser-Kampfschiffe wohl abnehmen wird. Der Plan, einen atomaren Volldeck-Flugzeugträger zu bauen, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die »Admiral Kusnezow«, der einzige Flugzeugträger der russischen Marine, erlebt nach der ruhmlosen Entsendung ins östliche Mittelmeer Ende 2016 langwierige Reparaturen. Das Versprechen, eine Reihe von amphibischen Angriffsschiffen zu bauen – das nach der Entscheidung Frankreichs vom Herbst 2014 erfolgte, zwei Hubschrauberträger der »Mistral«-Klasse nicht an Russland auszuliefern –, wurde klammheimlich wieder zurückgenommen. Der Atomkreuzer »Pjotr Welikij« (dt.: »Peter der Große«) ist mehr als reif für eine Überholung, die Modernisierung des Schwesterschiffs »Admiral Nachimow« schreitet nur mit Verzögerungen voran, während zwei weitere Schiffe dieser Klasse zur Verschrottung außer Dienst gestellt wurden. Der Kreuzer »Moskau«, das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte ist in Reparatur, ihr Schwesterschiff »Warjag«, das Flaggschiff der Pazifikflotte, ist als nächstes an der Reihe. Die Zeitpläne für diese Reparaturen sind durcheinandergeraten, weil das größte Trockendock, der PD-50, im November 2018 nach einem ungeschickten Auslaufmanöver der »Admiral Kusnezow« gesunken ist. Ein Ersatz ist nicht abzusehen.

Kreuzer mögen vor allem gut dazu taugen, Flagge zu zeigen, doch was die russische Marine wirklich braucht, und wo sie kritische Defizite feststellen wird, ist die Fähigkeit, amphibische Operationen durchzuführen. Die Intervention in Syrien hat einen großen Bedarf an der Lieferung großer Nachschubmengen erzeugt, und die sieben alternden Landungsschiffe der Schwarzmeerflotte (die beiden ältesten der Mitte der 1960er Jahren gebauten »Alligator«-Klasse und das 1990 in Dienst gestellte jüngste der »Roputsch«-Klasse bzw. des »Projekts 775«) sind in eine ununterbrochene Shuttle-Operation eingebunden, die sie aufs Extremste an ihre Leistungsgrenze bringt. Zwei genauso alte Landungsschiffe der Nordmeerflotte (der »Roputsch«-Klasse, Mitte der 1970er Jahre gebaut) zeigten beim Manöver »Wostok-2018« (dt.: »Osten 2018«) bemerkenswerte Leistungen, als sie eine Kompanie Marineinfanteristen die ganze Strecke von Seweromorsk (Gebiet Murmansk) nach Tschukotka brachten. Die Außerdienststellung dieser Arbeitspferde wird aber wohl kaum bis über Mitte des nächsten Jahrzehnts hinausgezögert werden können. Erst ein Landungsschiff der »Iwan Gren«-Klasse wurde 2018 nach 14 Jahren Bauzeit in Dienst gestellt. Das Schwesterschiff soll 2019 folgen, während zwei weitere im April 2019 auf Kiel gelegt wurden. Für die Vernachlässigung dieser so äußerst wichtigen Komponente der Marine lässt sich keine strategische Begründung

finden. Der Rückgang der amphibischen Potentiale ist somit vorgegeben.

Der Umstand, dass der Plan zum Bau einer Reihe von Zerstörern der »Lider«-Klasse auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, bedeutet, dass nun die Freigatten der »Gorschkow«-Klasse, von denen das erste 2018 in Dienst gestellt wurde, die größten der neuen Kriegsschiffe sind (das zweite soll 2019 folgen, das dritte 2022, während zwei weitere 2019 auf Kiel gelegt wurden). In einer vereinten Einsatzflottille, beispielsweise um einen »Mistral«-Hubschrauberträger gruppiert, hätten diese Schiffe nützliche Verbände sein können. Ein einzelnes Schiff allerdings kann nur begrenzt Aufgaben übernehmen, vor allem Raketenangriffe auf das Festland. Einige modifizierte Versionen von Korvetten der »Stereuschtschij«-Klasse und der »Karakurt«-Klasse sind im Bau und die Hauptstärke dieser »Moskitoflotte« liegt in ihrer Fähigkeit, lenkbare Langstreckenraketen vom Typ »Kalibr« (NATO-Code: SS-N-27) zu starten. Dieselgetriebene U-Boote der »Warschawjanka«-Klasse sind ebenfalls mit diesem Raketentyp ausgestattet. Die Schwarzmeerflotte wurde von 2015 bis 2017 um sechs dieser relativ kostengünstigen Schiffe erweitert. Sechs weitere wurden für die Pazifikflotte in Auftrag gegeben. Angesichts schrumpfender Geschwader wird diese Fähigkeit, aus großer Entfernung (womöglich ohne den Hafen zu verlassen) Raketenangriffe auf das Festland auszuführen, von den Spitzen des Regimes in Russland als wichtigste Funktion der Marine betrachtet, die in Syrien eingehend getestet wurde.

Schwerer See entgegen

Ungeachtet aller Probleme beim Schiffsbau, bei der Wartung und der Finanzierung wird die russische Marine in den kommenden Jahren die Kontrolle der NATO über die wichtigsten Verbindungslinien herausfordern, und zwar auf drei Arten, denen nur schwer begegnet werden kann. Die erste besteht in einem Ausbau der unterseeischen Fähigkeiten, vor allem, wenn die Atom-U-Boote der »Jasen«-Klasse ihren Dienst aufnehmen (trotz der Verzögerungen aufgrund der nicht näher benannten Probleme mit der »Sewerodwinsk«, mit deren Bau 1993 begonnen und die Ende 2013 in Dienst gestellt wurde). Die »Kasan« soll die Nordmeerflotte ab 2019 verstärken, fünf weitere Schiffe sind in Bau. Die nächste Generation der Atom-U-Boote der »Husky«-Klasse wird kaum vor Ende des nächsten Jahrzehnts einsatzbereit sein, doch dürfte die Kombination aus atom- und dieselgetriebenen Mehrzweck-U-Booten (unter anderem der »Lada«-Klasse) eine ernste Bedrohung für die Schifffahrt des Westens im Nordatlantik sowie in anderen Regionen darstellen.

Die zweite Herausforderung besteht in den Hyperschall-Waffensystemen, mit deren Stationierung Russland Mitte des kommenden Jahrzehnts beginnen könnte. Lässt man einmal die politische Kraftmeierei und die Übertreibungen der Propaganda beiseite, ist es dennoch möglich, dass Russland bei der Entwicklung von Hyperschalltechnologien einen verwertbaren Vorsprung erreicht hat. Zudem könnte die Einführung von Antischiffsraketen des Typs »Zirkon« (NATO-Code: SS-N-33; GRAU-Code: 3 M 22), die 2017 und 2018 erfolgreich mit landgestützten Startvorrichtungen getestet wurden, erhebliche Auswirkungen auf die Taktiken der Seekriegsführung haben. Die Verwundbarkeit von großen Überwasserschiffen gegenüber diesen Raketen könnte ein Ausmaß annehmen, durch das die Stationierung dieser wertvollen Aktivposten der Marine in umstrittenen Gewässern wie dem Schwarzen Meer oder der Ostsee von den Kommandostrukturen der USA und der NATO als ein zu großes Risiko wahrgenommen werden könnte.

Die dritte Herausforderung liegt in Russlands zunehmender Fähigkeit, Abwehr- und Antischiffsraketen zu integrieren und auf See weitreichende sogenannte *Area Denial*-Zonen um die Krim, die Exklave Kaliningrad oder die Kola-Halbinsel herum zu errichten. Eine wirksame Integration von Elementen wie den Boden-Luft-Raketen vom Typ S-400 und den »Bastion«-Raketensystemen zur Verteidigung der Küsten erfordert jedoch eine größere Interoperabilität und eine bessere Zielgenauigkeit auf langen Strecken, als die Streitkräfte Russlands derzeit herstellen können. Somit dürften die angestrebten »Schutzhauben« in näherer Zukunft für »Nadelstiche« verwundbar bleiben. Die sich anhäufenden Probleme im russischen Weltraumprogramm könnten dazu führen, dass die Netze zur Kommunikation und Satellitenaufklärung, die für die Leistung moderner Waffensysteme entscheidende Bedeutung haben, zusammenbrechen.

Schlussfolgerungen

Die zügige Ausweitung einiger Bereiche der Kampfbereitschaft der russischen Marine erfolgt parallel zu einem Niedergang anderer Fähigkeiten, so dass sich die Situation in erheblichem Maße unausgewogen entwickelt und ungeeignet erscheint, die Bandbreite der gestellten Aufgaben zu bewältigen. Die hohe Intensität der Manöver und die langwierige Stationierung in entfernten Regionen führen zu einer technischen Überlastung vieler Schiffe, was die Wahrscheinlichkeit katastrophaler Unfälle erhöht. Die strategischen Anforderungen an die überlasteten Flotten, die die Bereitschaft demonstrieren sollen, der wahrgenommenen Bedrohung durch die USA und die NATO an vier voneinander getren-

ten Schauplätzen zu begegnen (Arktis, Ostsee, Pazifik und Schwarzes Meer), nehmen weiterhin zu. Hieraus erwächst die Notwendigkeit und Gewohnheit, größere Risiken als der Gegner einzugehen. Ein drastischer Schritt könnte hier sein, dass Manöver mit Kampfschif-

fen wieder mit taktischen Atomwaffen an Bord durchgeführt werden, die seit den frühen 1990er Jahren ausgemustert und zentral eingelagert wurden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Prof. Dr. Pavel K. Baev ist Forschungsprofessor am »Peace Research Institute Oslo« (PRIO). Er bedankt sich bei der *US Russia Strategic Initiative* (RSI) für die Unterstützung seiner Arbeit über Russlands strategische Kultur.

Bibliografie

- Connolly, Richard: Fundamentals of the state policy of the Russian Federation in the field of naval activities for the period until 2030, Document Review [=NATO Defense College: Russian Studies Series 02/2019], 22. Januar 2019; <http://www.ndc.nato.int/research/research.php?icode=574>.
- Goble, Paul: Russian Navy ever less capable of supporting Putin's war plans, in: Eurasia Daily Monitor, 16.2019, Nr. 59, 25. April 2019; <https://jamestown.org/program/russian-navy-ever-less-capable-of-supporting-putins-war-plans/>.
- Osborn, Andrew: Despite Putin's swagger, Russia struggles to modernize its navy, Reuters, 21. Februar 2019; <https://www.reuters.com/article/us-russia-military-insight/despite-putins-swagger-russia-struggles-to-modernize-its-navy-idUSKCN1QA0U7>.
- Parnemo, Liv Karin: Russia's naval development – Grand ambitions and tactical pragmatism, in: Journal of Slavic Military Studies, 32.2019, Nr. 1, S. 41–69; <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13518046.2019.1552678?af=R&journalCode=fslv20>.

CHRONIK

29. April – 10. Mai 2019

29.04.2019	Das Justizministerium lehnt den Antrag auf Registrierung der von Michail Chodorkowskij gegründeten Nichtregierungsorganisation »Otkrytaja Rossija« (dt. »Offenes Russland«) ab. Begründet wird diese Entscheidung mit Verfahrensfehlern. Die NGO wurde 2016 in Helsinki gegründet und gilt in Russland seit 2017 als sogenannte »unerwünschte Organisation«.
30.04.2019	Osman Chasbulatow, Minister für Wirtschaft und territoriale Entwicklung in der Republik Dagestan, wird wegen Veruntreuung in Höhe von mehr als 20 Millionen Rubel (etwa 280.000 Euro) festgenommen. Er wird verdächtigt, das Geld bei der Vergabe von Staatsaufträgen hinterzogen zu haben.
01.05.2019	In Moskau nehmen nach offiziellen Angaben mehr als 100.000 Menschen an den Veranstaltungen anlässlich des »Tags des Frühlings und der Arbeit« teil. Die Kundgebungen werden vom Moskauer Gewerkschaftsbund organisiert. Während der Maikundgebung in St. Petersburg, mit etwa 42.000 Teilnehmern, werden etwa 50 Menschen festgenommen, unter anderem der Abgeordnete der städtischen Gesetzgebenden Versammlung, Maksim Reznik.
05.05.2019	Am Moskauer Flughafen »Scheremetjewo« führt eine Passagiermaschine des Typs »Suchoj Superjet-100« kurz nach dem Start eine Notlandung durch. Offiziellen Angaben zufolge zwang ein Fehler in der Technik den Piloten zur Umkehr. 41 Menschen werden bei dem Unglück getötet, es gibt sechs Verletzte. Laut »Interfax« schlugen bei der Landung Flammen aus dem Heck der Maschine.
08.05.2019	Der russische Präsident Wladimir Putin ernennt Admiral Nikolaj Jewmenow zum neuen Oberbefehlshaber der russischen Marine. Er löst damit Wladimir Koroljow ab, der zum größten Schiffbauunternehmen Russlands wechselt, der »Obedinjonnaja sudostroitel'naja korporazija« (OSC, dt. Vereinigte Schiffbaugesellschaft). Jewmenow war seit 2016 Kommandant der Nordflotte.
08.05.2019	Weronika Nikulschina, Mitglied der Gruppe »Pussy Riot« wird in Moskau festgenommen. Nikulschina war am 15. Juli 2018 beim Endspiel der Fußball-Weltmeisterschaft eine der vier Aktivistinnen, die in Polizei-Kostümen das Spielfeld stürmten. Sie wurden zu 15 Tagen Haft verurteilt.
09.05.2019	Anlässlich des 74. Jahrestags des Sieges im »Großen Vaterländischen Krieg« finden in ganz Russland Paraden und Gedenkveranstaltungen statt. Allein in Moskau und St. Petersburg nehmen nach offiziellen Angaben an der Aktion »Bessmertnyj polk« (dt. »Unsterbliches Regiment«) insgesamt etwa 1,8 Millionen Menschen teil. Dabei versammeln sich die Teilnehmer mit Portraits von am Krieg beteiligten Freunden und Verwandten zu einem Gedenkmarsch.
09.05.2019	Der Journalist und Chefredakteur des Radiosenders »Goworit Moskwa« (dt. »Hier spricht Moskau«) stirbt bei einem Motorradunfall. Die Todesursache sei, offiziellen Angaben zufolge, eine Funktionsstörung des Herzens, die zur Bewusstlosigkeit geführt habe. Sergei Dorenko galt als TV-Ikone der 1990er Jahre.
10.05.2019	Weronika Nikulschina, Mitglied der Gruppe »Pussy Riot« wird aus der Haft entlassen, der Anhörungstermin vor Gericht wird auf den 22. Mai festgesetzt. Ein Sprecher des Ordnungsamts gab bekannt, dass Nikulschina wegen Drogenkonsums verhaftet worden sei. Für diese Ordnungswidrigkeit drohen ihr eine Geldstrafe von bis zu 5.000 Rubel und eine 15-tägige Haftstrafe.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Evgeniya Bakalova (verantwortlich)
 Assistenz: Franz Springer
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Universität München
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

